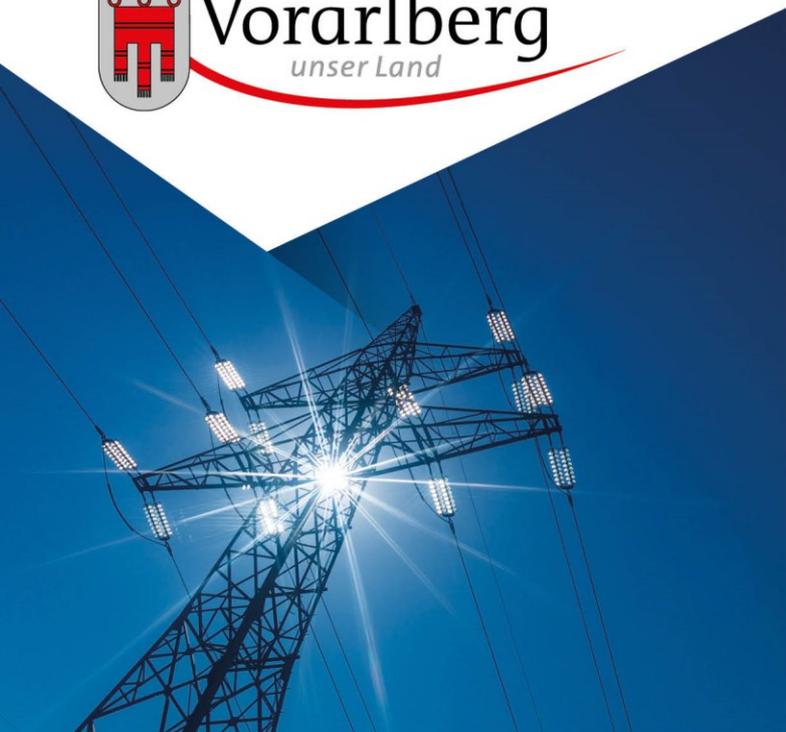




Vorarlberg

unser Land



Pressekonferenz

Freitag, 4. Februar 2022

Landeshauptmann Markus Wallner

Finanzminister Magnus Brunner

Titelbilder: ©Gina Sanders - stock.adobe.com; ©John Casey - stock.adobe.com;
©goodluz - stock.adobe.com; ©PixelboxStockFootage - stock.adobe.com

**Effiziente Wirtschaftshilfen und Energiekosten-
und Teuerungsausgleich zur breiten Entlastung der Bevölkerung**

Effiziente Wirtschaftshilfen und Energiekosten- und Teuerungsausgleich zur breiten Entlastung der Bevölkerung

Die erheblichen Belastungen im Zusammenhang mit der nach wie vor nicht überstandenen Corona-Pandemie für Bevölkerung und Wirtschaft, die stark steigenden Energiepreise und die aktuell hohe Inflationsrate bildeten die inhaltlichen Schwerpunkte eines Arbeitsgesprächs, zu dem sich heute, Freitag (4. Februar), Landeshauptmann Markus Wallner, derzeit Vorsitzender in der Landeshauptleutekonferenz, und Finanzminister Magnus Brunner in Bregenz getroffen haben. Als „wirksam und effizient“ hätten sich die verschiedenen Hilfsmaßnahmen von Bund und Ländern bewährt, unterstrichen Wallner und Brunner nach ihrem Treffen im Rahmen der gemeinsamen Pressekonferenz. Mit den Wirtschaftshilfen sei es gelungen, Insolvenzen sowie Kündigungswellen weitgehend zu verhindern und den Wirtschafts- und Produktionsstandort, Arbeitsplätze und die Unternehmen bisher gut durch die Krise zu bringen, stellte Brunner klar. In Summe haben Vorarlberger Unternehmen bis jetzt rund 920 Millionen Euro an Wirtschaftshilfen erhalten, informierte der Finanzminister, der in dieser Funktion erstmals offiziell seiner Vorarlberger Heimat einen Besuch abgestattet hat.

Fortlaufend habe man bei den Hilfen an Unternehmen nachjustiert, sie verbessert, optimiert und effizienter gestaltet, um damit die beste Wirkung zu erzielen, führte Brunner aus. Das habe sich ausgezahlt. Heute würden auch internationale Fachleute attestieren, etwa von der OECD oder der Ratingagentur Moody's, dass in Österreich diesbezüglich ein erfolgreicher Weg beschritten worden sei und dass die Hilfen gut funktioniert und gewirkt hätten. Allein über die sogenannten COFAG-Hilfen sind mehr als 510 Millionen Euro an Vorarlberger Unternehmen ausgezahlt worden. „Damit konnte am Standort die Liquidität von knapp 5.000 Betrieben gesichert werden“, rechnete der Finanzminister vor. An Hilfen für den Ausfallsbonus sind rund 185 Millionen Euro an Vorarlberger Unternehmen geflossen.

Und die Wirtschaftshilfen bleiben bis auf weiteres richtig und wichtig, ist der Finanzminister überzeugt: „Von einer Entspannung kann zwar noch länger keine Rede sein. Österreich ist aber auf einem guten Weg, den wir so weitergehen sollten“. Die Hilfen würden laufend neu evaluiert und bei Bedarf entsprechend angepasst. In diesem Kontext machte Brunner darauf aufmerksam, dass etwa die Beantragung des Ausfallsbonus auf den 10. eines jeden Monats vorgezogen wurde. „So kann ab nächster Woche, 10. Februar, der Ausfallsbonus für Jänner beantragt werden“, teilte der Finanzminister mit.

Krisenbewältigung durch Kurzarbeit

Bei der Erholung „extrem geholfen“ habe die Kurzarbeitsregelung, merkte Landeshauptmann Wallner an. In Summe wurden bisher 410 Millionen Euro für die Kurzarbeit ausbezahlt – „hinter dieser Zahl stehen rund 65.000 Arbeitsplätze, die damit gesichert wurden“, verwies Brunner auf die Bedeutung der Maßnahme. Aktuell befinden sich in Vorarlberg noch immer rund 5.800

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kurzarbeit. An diesen Zahlen lasse sich das gesamte Ausmaß und auch der immense Umfang erkennen, mit dem die Republik eingreifen musste. Darüber hinaus würden die Zahlen bestätigen, „dass die Hilfen in den Regionen, bei den Betrieben und bei den Menschen ankommen“, so Brunner.

Mit den Worten „besser als erwartet“ kommentiert der Finanzminister die momentane Budgetentwicklung, die eng mit dem Wirtschaftswachstum verknüpft ist. Wie auch das WIFO bestätigt, hat sich die österreichische Wirtschaft 2021 positiv entwickelt. Im Vorjahr wurde trotz Corona-Pandemie ein durchschnittliches Wachstum von deutlich über vier Prozent verzeichnet, für heuer werden 5,2 Prozent erwartet. „Damit stehen wir im Vergleich mit unseren Nachbarländern Deutschland und Schweiz sogar besser da“, macht der Finanzminister deutlich. In vielen Wirtschaftsbereichen liege man bereits über dem Vorkrisenniveau. Die Zahlen stimmten optimistisch „und zeigen, dass unsere Wirtschaft widerstandsfähiger gegen das Virus wird“, so Brunner. Trotz der durchaus positiven Nachrichten müsse jetzt alles daran gesetzt werden, die Entwicklung nicht durch weitere Einschränkungen zu gefährden. Der letzte Lockdown habe Kosten von rund 400 Millionen Euro pro Woche verursacht, warnt der Finanzminister vor einem neuerlichen „Durchgang“.

Steigende Energiepreise abfedern

Neben den unmittelbaren Auswirkungen der Corona-Pandemie sorgen auch die europaweiten Preissteigerungen insbesondere bei Gas, Heizöl und Strom für eine belastende Situation, von der Bevölkerung und Wirtschaft gleichermaßen betroffen sind. Um mögliche Notsituationen in den Wintermonaten abzuwenden und die aktuell verschärfte Preisentwicklung insbesondere in Bezug auf Energiekosten für die österreichischen Haushalte zumindest teilweise auszugleichen, wurde vom Bund kürzlich ein Entlastungspaket geschnürt. „In Summe zahlen wir 1,7 Milliarden Euro aus, mit denen wir die Österreicherinnen und Österreicher in der aktuell schwierigen Situation gezielt entlasten“, begründet Finanzminister Brunner die Notwendigkeit für den vereinbarten Ausgleich gegen die steigenden Energiepreise und zur Entlastung der Menschen bei den Energiekosten und Teuerung. Die Unterstützung helfe einerseits den besonders betroffenen Haushalten und stärke andererseits die Kaufkraft der Menschen in Österreich, so Brunner. Er werde darauf achten, dass die Abwicklung aller Entlastungsmaßnahmen „möglichst unbürokratisch und rasch erfolgt“.

Politik nimmt Sorgen ernst

Der beschlossene Energiekostenausgleich in Höhe von 150 Euro bringe eine wichtige Entlastung für einen Großteil der Vorarlberger Haushalte, ergänzt dazu Landeshauptmann Wallner: „Vom Energiekostenausgleich wird ein großer Teil der Vorarlberger Bevölkerung profitieren. Diese Maßnahme ist deshalb eine wichtige Unterstützung und besonders zu begrüßen.“ Das Paket zeige, dass die Politik die Sorgen der Menschen aufgreife und sehr ernst nehme, halten Wallner und Brunner übereinstimmend fest. Der Landeshauptmann erinnerte in dem Kontext auch an die Hilfen, die zusätzlich von den Ländern gewährt werden. Von Vorarlberg werden als direkte Hilfe etwa jährlich Heizkostenzuschüsse an hilfsbedürftige Haushalte ausbezahlt, „die traditionell deutlich über dem österreichischen Schnitt liegen“, berichtet der Vorarlberger Regierungschef.

Entlastung durch beschlossene Steuerreform

Eine auch im internationalen Vergleich beachtliche Entlastungswirkung erwartet sich der Finanzminister zudem von der gestern im Bundesrat beschlossenen ökosozialen Steuerreform. Um 18 Milliarden Euro sollen steuerzahlende Bevölkerung und Wirtschaft bis 2025 entlastet werden. „Von der Tarifsenkung bei der Lohnsteuer und der Erhöhung des SV-Bonus und der Pensionistenabsetzbeträge werden knapp 300.000 Vorarlbergerinnen und Vorarlberger profitieren. Alleine in Vorarlberg geht es dabei um ein Volumen von rund 140 Millionen Euro“, hielt Brunner fest. Und weiter: „Über 81.000 Vorarlberger Kinder und deren Familien werden durch den erhöhten Familienbonus Plus profitieren können“. Und auch bei den Unternehmen wird entlastet. Rund 27.000 Vorarlberger Betriebe werden von der Erhöhung des Gewinnfreibetrages und der Einführung des Investitionsfreibetrages profitieren, weitere knapp 7.000 Betriebe von der KÖSt-Senkung und ebenfalls dem Investitionsfreibetrag. Es handle sich um „die größte Transformation des Steuersystems, die es in der Zweiten Republik jemals gegeben hat“, unterstrich der Finanzminister. „Mit den Maßnahmen wie der ökosozialen Steuerreform wollen wir dafür sorgen, dass wir das Wachstum nachhaltig absichern“, so Brunner abschließend.

Gemeinsame Neuorganisation der Zollabfertigung

Im Arbeitsgespräch zwischen Landeshauptmann Markus Wallner und Finanzminister Magnus Brunner ging es ebenso um das Thema Zollabfertigung. Vorarlberg und das Ministerium stehen diesbezüglich in einem regelmäßigen und engen Austausch, da eine effiziente Zollabwicklung für das Land neben einer modernen, leistungsfähigen sowie vernetzten Mobilität und Logistik ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist. Gemeinsam mit dem Ministerium werde rasch die erforderliche Neuorganisation der Zollabfertigung angegangen, sagt der Landeshauptmann.

Herausgegeben von der Landespressestelle Vorarlberg
Amt der Vorarlberger Landesregierung

Landespressestelle, Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz, Österreich | www.vorarlberg.at/presse
presse@vorarlberg.at | T +43 5574 511 20135 | M +43 664 6255102 oder M +43 664 6255668 | F +43 5574 511 920095
Jeden Werktag von 8:00 bis 13:00 Uhr und von 14:00 bis 17:00 Uhr erreichbar